

# Kurzmeldungen 01-03.2010

## EEG-Kürzung

Insgesamt sind derzeit in Deutschland bis Ende 2009 rd. 9.000 MW installiert worden, das entspricht rd. 1% am Gesamtstromverbrauch. Allein in den Jahren 2008 und 2009 hat sich die Solarstromleistung in Deutschland verdoppelt. Im Branchengespräch gehen Bundesregierung und Branche gegenüber den bisherigen Annahmen von einem doppelten Ausbauvolumen (3 GW) aus. Das soll in Zukunft das Basisvolumen für die Festsetzung der Vergütungssätze sein.

Aufgrund des bereits eingetretenen Preisverfalls und der Kostenersparnis bei großen Stückzahlen werden die EEG-Vergütungssätze zum 1.4.10 abgesenkt. Zusammen mit der im EEG festgelegten regulären Degression von 9% Anfang des Jahres macht das 24% auf fast 33 ct/kWh aus.

Wer den Strom von Dachanlagen selbst verbraucht und nicht ins Stromnetz einspeist, bekommt einen Bonus von 8 ct/kWh. Derzeit beträgt er 3,5 ct. Dies wird laut bis Ende 2011 befristet. Diese neue Förderung gilt bis zu 800-kW-Anlagen.

Auch das Potenzial der Solarenergie ist noch weitgehend unerschlossen. Nur 2,5% der geeigneten Gebäudeflächen werden bisher für Strom oder Wärme aus der Sonne genutzt. Solarparks auf Freiflächen belegen heute mit rund 1.700 Hektar nur etwa 0,005% der Landesfläche. Solaranlagen können auf vorbelasteten Standorten Vorteile für den Umwelt- und Naturschutz bringen.

Bei Freiflächenanlagen wird aufgrund der längeren Planungszeiten eine längere Frist gewährt. Diese Absenkung erfolgt zum 1.10.10. Dadurch werden Solaranlagen auf gewerblichen Flächen um 15% und Konversionsflächen um 11% geringer gefördert. Konversionsflächen sind ehemalige Mülldeponien, Militärgelände, geplante ehemalige Wohnbereiche oder stillgelegte frühere Verkehrsflächen.

Neue Solaranlagen auf Ackerflächen sollen nicht mehr gefördert werden.

Anlagen an Randstreifen von Bahnschienen und Autobahnen werden weiterhin gefördert. Neu aufgenommen wurde die Förderung von Solaranlagen auf Gelände, das als Gewerbegebiet ausgewiesen ist.

Für die Folgejahre soll es bei regulären Kürzungen um 9% bleiben. Dabei wird von einem Zuwachs der Solarstrommenge um jährlich 3 GW ausgegangen. Werden 2500 Megawatt unterschritten, wird die jährliche Kürzung von 9% in 500-MW-Schritten um jeweils 2,5 Prozentpunkte abgeschwächt. Werden 3,5 GW überschritten, wird die Kürzung in 1-GW-Schritten verschärft: um 2 Prozentpunkte 2011 und um 3 Punkte in den Folgejahren.

Künftig zahlen Kunden ihrem Stromversorger 2,047 Cent als EEG-Umlage pro gelieferter Kilowattstunde Strom.

Quelle: dpa, 23.2.10, 14.3.10

## Greenpeace plädiert für Einführung einer Atomsteuer

Greenpeace kritisiert den geplanten Ausstieg aus dem Atomausstieg scharf und kritisiert die Verknüpfung als Förderprogramm für Erneuerbare Energien und Rezept für mehr Sicherheit.

Greenpeace schlägt neben dem Atomausstieg eine Atomsteuer für die Stromkonzerne vor, die ohne Vereinbarung mit diesen eingeführt werden könne.

Nach neuen Berechnungen des Öko-Instituts im Auftrag von Greenpeace würden in den von der Bundesregierung geplanten Atomfonds in der nächsten Legislaturperiode nur 1,7 bis 2,7 Mrd Euro fließen. Eine Atomsteuer würde nach Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) dem Bundeshaushalt 2010-13 ohne Aufkündigung des Atomausstiegs zusätzliche Einnahmen von 13,9 Milliarden Euro bringen.

Quelle: IWR, sonnenseite.com 15.10.09

### **Atommülllager Asse**

Die 126.000 Fässer mit Atommüll in dem Salzbergwerk Asse sollen komplett rückgeholt und in das 20 km entfernten Atommülllager Schacht Konrad verbracht werden. Die Umlagerung wird etwa 10 Jahre dauern und 2,5 Mrd Euro kosten. Für die Asse wurde nie ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt, da es als „Versuchsendlager“ betrieben wurde. Die Asse ist akut einsturzgefährdet. Hinzu kommt die Gefahr großer Wassereinträge.

Quelle: FAZ 16.1.10

### **Atommülllager Gorleben**

Bei der weiteren Erkundung des möglichen Atommüll-Endlagers Gorleben soll es keine Bürgerbeteiligung geben. Die weitere Erkundung des Salzstocks soll nach dem Bergrecht der 80er Jahre fortgeführt werden, das keine Bürgerbeteiligung vorsehe. Eine solche förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit werde es dann geben, wenn Gorleben tatsächlich zum Endlager werden sollte.

Die Erkundung des Salzstocks Gorleben, die nach einem zehnjährigen Moratorium im Herbst wieder aufgenommen werden könnte, soll die Eignung als Endlager klären. Der Rahmenbetriebsplan läuft Ende September aus. Bis Ende März muss das zuständige Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) einen Antrag auf eine Folgegenehmigung stellen. Ein Sprecher des Amtes sagte, das BfS habe ein Konzept erarbeitet, wie es mit Gorleben weitergehen solle. Dieses liege beim Bundesumweltministerium vor, aber eine Entscheidung gebe es noch nicht.

Quelle: SZ, dpa 2.3.10

### **Streit um Gen-Siegel**

Die von der Lebensmittelindustrie geforderte Wende bei der Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln stößt bei Gentechnikgegnern und Umweltverbänden auf scharfe Kritik. Die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) lehnt das im Sommer eingeführte Siegel "Ohne Gentechnik" ab, mit dem Hersteller auf freiwilliger Basis ausweisen können, dass sie auf die umstrittene Technologie verzichten.

Die Industrie fordert stattdessen eine positive Kennzeichnung für Lebensmittel, die mit der Technik in Berührung kommen. Christoph Then, Geschäftsführer von Testbiotech, warf dem Herstellerverband vor, unlautere Motive zu verfolgen. "Mit solchen Forderungen wird nur versucht, das Image des Ohne-Gentechnik-Siegels zu beschädigen. Die

Ernährungsindustrie will den Eindruck erwecken, dass sowieso überall Gentechnik drin ist."

Quelle: SZ 23.1.10

### **Greenpeace gegen Gen-Milch**

Gegen Gen-Milch der Hersteller Nestlé und Milupa protestierte Greenpeace bundesweit in 39 Städten. In über 100 Supermärkten und Drogerien wird Babymilchpulver zudem mit Aufklebern gekennzeichnet. Die Aufkleber warnen: Umweltgefahr - Für dieses Produkt bekommen Milchkühe Gentechnik-Futter. Greenpeace fordert Nestlé und Milupa auf, aus der Gen-Milch-Produktion auszusteigen.

Der Anbau von genmanipulierten Futterpflanzen gefährdet die Artenvielfalt und erhöht den Pestizid-Einsatz in der Landwirtschaft, sagt Alexander Hissting, Gentechnikexperte von Greenpeace. Mit dem Kauf von Gen-Milch unterstützen Verbraucher die Verbreitung der riskanten Gentechnologie. Gentechnikfreie Milch trägt hingegen dazu bei, Kindern eine intakte Umwelt zu hinterlassen.

Am vergangenen Donnerstag hatte die Umweltorganisation den neuen Ratgeber Milch für Kinder - Einkaufsratgeber für den Genuss ohne Gentechnik veröffentlicht. Der Ratgeber gibt eine aktuelle Übersicht zum Einsatz von Gen-Pflanzen für Schulmilch und Babymilchprodukte. Bioprodukte werden immer ohne Gentechnik im Tierfutter hergestellt. Auch einige konventionelle Babymilchhersteller wie Hipp und Humana verarbeiten bereits Milch ohne Gen-Futter-Einsatz.

Mit 65% Marktanteil haben Nestlé und Danone (Milupa) den höchsten Absatz von Babymilchpulver in Deutschland. Gegenüber Greenpeace erklärten die beiden Lebensmittelkonzerne, dass Gen-Pflanzen in der Milchviehfütterung Standard sei. Eine Umstellung sei nicht in Planung.

Johannes Doms von der Hipp-Geschäftsleitung sieht sich durch die neuen Argumente bestätigt: Trotz aller Anstrengungen der Gentechnik-Industrie, mit teilweise fragwürdigen Methoden Fakten zu schaffen und die Welt mit gentechnisch veränderten Organismen zu verseuchen, wird die Firma Hipp im Sinne ihrer Unternehmensphilosophie ihr Ziel weiter durchsetzen, Lebensmittel ohne jegliche Nutzung von freigesetzten Gen-Pflanzen zu produzieren.

Greenpeace bewertet im neuen Einkaufsratgeber 55 Hersteller. Bei Schul- und Trinkmilch führen unter anderem Ländliche und Ehrmann/Saliter mit der Schulmilch Creck. Einige Hersteller machten gegenüber Greenpeace keine Angaben. Zu diesen Herstellern gehört auch Vogtlandmilch, der die Schulmilchmarke Joe Clever produziert. Der Einsatz von Gen-Pflanzen ist hier ebenso wahrscheinlich wie bei Milch von Bärenmarke von Hochwald und Weihenstephan von Müllermilch.

Quelle: Greenpeace, 20.2.10

### **Anbau von Gen-Pflanzen**

In Brasilien wurde der Anbau von Genpflanzen besonders ausgebaut. Das geht aus dem neuen ISAAA-Bericht hervor. ISAAA steht für International Service for the Acquisition of Agri- Biotech Applications. Der Verband wird unter anderem von UN- Organisationen wie der UNESCO und von Agrarkonzernen wie Monsanto finanziert.

Die Umweltorganisation Greenpeace bezeichnete die ISAAA-Zahlen als irreführend. So sei

etwa die Anbaufläche für Gen-Mais in der Europäischen Union im vergangenen Jahr um rund 10% zurückgegangen. «Trotz massivster Bemühungen der Gentechnik-Industrie sind weltweit über 90% der Ackerflächen gentechnikfrei, 99% aller Bauern arbeiten ohne Gentechnik», sagte Greenpeace- Landwirtschaftsexperte Martin Hofstetter. 85% der Gen-Pflanzen würden in nur vier Ländern angebaut.

In Spanien, Tschechien, der Slowakei und Rumänien sei der Anbau von Gen-Pflanzen auf dem Rückzug, da höhere Saatgut-Preise, ein unsicherer Absatz der Ernte und Probleme bei der Trennung von konventionellen Pflanzen und Gen-Pflanzen den Anbau unattraktiv machen.

Quelle: dpa 24.2.10

### **Aushöhlung der Risikoprüfung von GMO**

Die umstrittenen Richtlinien der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) zur Prüfung gesundheitlicher Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen sollen in Teilen in das EU-Regelwerk eingehen. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen drohen dadurch verwässert zu werden. Bisher sehen diese - wie die Verordnungen 1829/2003 und 178/2002 - ein vergleichsweise hohes Schutzniveau vor, das am Vorsorgeprinzip ausgerichtet sind. Die Richtlinien der EFSA, die sich stark an den Interessen der Industrie orientieren, erfüllen diese hohen Standards nicht. Darauf haben in den letzten Jahren Verbraucherschützer, Umweltverbände und viele EU Mitgliedsstaaten immer wieder hingewiesen.

Die geplante EU-Regelung liest sich zu großen Teilen wie die der EFSA-Richtlinien. Setzt sich die Kommission mit ihrem Vorhaben durch, bekommt die Industrie Rückenwind. Die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen wird beschleunigt und die vielfach kritisierte oberflächliche Prüfung der Risiken von der EU übernommen.

Langzeituntersuchungen sind gar nicht vorgeschrieben.

Die EFSA arbeitet selbst an neuen Richtlinien zur Abschätzung der Risiken für die Umwelt, deren Entwurf demnächst vorgestellt werden soll. Die EU-Kommission will die neuen Verordnungen im Mai unterzeichnen und im Juni in Kraft treten lassen.

Quelle: Testbiotech e.V. 1.3.10

### **Protest gegen Patent auf Milchkuh**

Gegen ein Patent auf eine Milchkuh haben Naturschützer und Bauern in München protestiert. Sie forderten zudem ein generelles Verbot von Patenten auf Zuchtverfahren, Gene und Tiere.

Das umstrittene Patent EP 1330552 sichert den Anmeldern (Biotechnologen aus Belgien und Neuseeland) das Recht auf bestimmte Zuchtverfahren für Kühe mit besserer Milchleistung sowie auf die entsprechenden Gene. Sofern die Kuh mit Hilfe von gentechnischer Manipulation gezüchtet ist, gilt das Patent auch für das Tier selbst. Greenpeace hat mit Umweltgruppen und bäuerlichen Organisationen einen Sammeleinspruch eingelegt.

Allein 2008 und 2009 habe es mindestens 30 Anmeldungen von Patenten auf Nutztiere gegeben. In der Regel geht es darum, dass die Leistung der Tiere erhöht wird. Nur gelegentlich gehe es auch um eine Krankheitsresistenz. In einem Fall, der demnächst in die europäische Anmeldephase kommt, gehe es nicht nur um die Patentierung des Tieres,

sondern der Milch, der Butter und des Fleisches.

Quelle: dpa 2.3.10

### **Weltklimarat IPCC**

Nach Kritik am Weltklimarat IPCC bekommt das Gremium nun ein Kontrollgremium. Künftig soll eine Gruppe von Forschern die Arbeit der anderen Gruppe von Forschern überprüfen. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat dazu den InterAcademy Council (IAC) als Berater des Weltklimarates engagiert. Dem IAC mit Sitz in Amsterdam gehören unter anderem die Präsidenten der Akademien der Wissenschaft von mehr als zwölf Ländern an.

Zuletzt war aber Kritik am IPCC laut geworden, weil im Report 2007 Fehler aufgetaucht waren. So hieß es, dass die Himalaya-Gletscher bis 2035 geschmolzen sein könnten - anstatt bis 2350. Zudem liegen laut dem Bericht 55 Prozent der Niederlande unter dem Meeresspiegel. Richtig ist: 26 Prozent.

Quelle: dpa 11.3.10

### **Kippelemente im Erdklimasystem**

Forscher des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) berichten im Wissenschaftsmagazin Proceedings of the National Academy of Sciences über neue Erkenntnisse zu Kippelementen im Klimasystem. Kippelemente sind Bestandteile des Erdsystems, die schon durch geringe Störungen das Klima grundsätzlich ändern können. Ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um mehr als zwei Grad Celsius kann das Klimasystem destabilisieren.

Es wurden bisher fünf wichtige Faktoren des Erdsystems gefunden, die Kipp-Effekte auslösen können. Dazu gehören das Klimaphänomen El Nino, das arktische Meereis, der Amazonas-Regenwald, die Monsunsysteme sowie die Zirkulation von Meeresströmungen im Atlantik.

Auch Methanhydrate in Sedimenten am Meeresgrund sind ein langsames Kippelement im Klimasystem der Erde. Ein globaler Temperaturanstieg von etwa drei Grad Celsius könnte mehr als die Hälfte des eingelagerten Methans freisetzen. Dies wiederum könnte die globale Mitteltemperatur um bis zu 0,5 Grad Celsius ansteigen lassen.

Die größte Staubquelle unseres Planeten, die Bodele-Senke in Tschad, ist ebenfalls ein potenzielles Kippelement. Von dieser Fläche in der südlichen Sahara werden in riesigen Wolken bis zu 700.000 Tonnen Staub in Richtung Atlantik und Amazonasbecken verweht.

Quelle: sonnenseite.com 13.12.09

### **Waldschutz besser als CCS**

Die großtechnische Abscheidung von CO<sub>2</sub> in Kraftwerken ist viel teurer als der einfache Waldschutz. Zu diesem Schluss kommt der Humanökologe Peter Weish von der Wiener Universität für Bodenkultur. Die Kostenschätzungen einer solchen Abscheidung bewegen sich im Bereich von 50 bis 150 Euro pro Tonne, wobei bei manchen Angaben Transport und Lagerung nicht enthalten sind. Die Bewahrung eines Hektars Regenwald - dessen Zerstörung der Freisetzung von rund 600 Tonnen CO<sub>2</sub> gleich zu setzen ist - kostet pro

Tonne lediglich 0,12 Euro.

Die niedrigen Grundstückspreise machen es den Konzernen leicht, ihr überregionales Zerstörungswerk zu betreiben, das unersetzliche Naturschätze und indigene Kulturen gleichermaßen vernichtet. "Andererseits ist es aber auch möglich, mit relativ geringem finanziellen Aufwand wertvolle Gebiete vor der Zerstörung zu bewahren und als Lebensraum für indigene Völker zu sichern", meint Weish. So kostet ein Hektar Regenwald in Ecuador und Paraguay 70 Euro inklusive der Anwaltskosten.

Quelle: sonnenseite.com 8.3.10

### **Klimagipfel Kopenhagen**

Der Klimagipfel von Kopenhagen ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Einziges substanzielles Ergebnis war eine Erklärung („Copenhagen Accord“), die von den Regierungschefs der wichtigsten Länder ausgearbeitet und von der ganzen Staatengemeinschaft lediglich „zur Kenntnis genommen“ wurde. Es gab weder den erhofften Aufbruch zu neuen Formen der globalen Zusammenarbeit noch verbindliche internationale Verpflichtungen zur Treibhausgasreduzierung - ganz zu schweigen von Weichenstellungen für den Übergang zu einer klimaverträglichen Weltwirtschaft. Die Europäische Union und die Bundesrepublik konnten sich trotz ernsthafter Bemühungen nicht mit ihren Forderungen nach einem anspruchsvollen Klimaabkommen durchsetzen. Am Ende des zweiwöchigen Gipfelmarathons steht als einziger Lichtblick eine verklausulierte Anerkennung der 2 Grad Celsius-Leitplanke als Richtschnur aller Klimaschutzbemühungen. Hans Joachim Schellnhuber, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) bezeichnet dieses Ergebnis als „einen tragischen Triumph der Wissenschaft. Die von der Klimaforschung empfohlene Obergrenze für die globale Erwärmung wird einerseits endlich übernommen, andererseits finden die tatsächlich notwendigen Massnahmen zur Beachtung der Leitplanke (insbesondere Reduzierung der globalen Emissionen um deutlich mehr als 50 Prozent bis 2050) keine Erwähnung. Insofern gibt es ein Ziel, aber die Wege dorthin bleiben noch im Dunkeln“.

Die Erklärung von Kopenhagen betont zwar die Notwendigkeit, rasch Treibhausgasreduzierungen einzuleiten, setzt dabei aber ausschließlich auf freiwillige Beiträge zum Klimaschutz, die die Staaten bis zum 1.2.10 konkretisieren sollen. Dazu Schellnhuber: "Dieses Klingelbeutelprinzip, nach dem jeder gibt, was er für angemessen hält, hat schon vor Kopenhagen keine hinreichenden Ergebnisse erbracht. Summiert man die derzeit vorliegenden Klimaschutzangebote aller Staaten auf, dann bewegen wir uns auf eine 3-4-Grad-Welt mit kaum beherrschbaren Risiken zu." Daraus folgt, dass die Staaten in den Klimaverhandlungen 2010 kräftig nachlegen müssen, wenn ein gefährlicher Klimawandel noch abgewendet werden soll. Der WBGU unterstützt ausdrücklich die Forderungen von Kanzlerin Merkel und Umweltminister Röttgen, jetzt gerade die nationalen und internationalen Bemühungen um Klima- und Energiesicherheit zu verstärken.

In Kopenhagen wurde wertvolle Zeit für den Klimaschutz verspielt. Eine nüchterne wissenschaftliche Analyse zeigt, dass die globale Trendumkehr bei den Treibhausgasemissionen zwischen 2015 und 2020 geschafft sein muss – ansonsten bleiben kaum noch realistische Chancen, die 2-Grad-Linie zu halten. Dirk Messner, stellvertretender Vorsitzender des WBGU, meint: "Der bisherige Verhandlungsmodus rettet das Klima nicht. Selbst die zahlreich erschienenen Staats- und Regierungschefs konnten

die Verhandlungsblockade nicht überwinden. Ohne erneute klimapolitische Kraftanstrengungen besteht die Gefahr, dass die Verhandlungen im kommenden Jahr im Schnecken tempo weiterlaufen. Im schlimmsten Fall zerfiele die Welt in Interessensgruppen, die im Klimaschutz eigene Wege gehen. Deshalb ist 2010 ein Neustart in der internationalen Klimapolitik notwendig."

Aus Sicht des WBGU sollten die Bundesregierung und die Europäische Union nun in zwei Richtungen agieren: Einerseits gilt es, Bündnispartner zusammenzuführen, um nächstes Jahr doch noch ein anspruchsvolles Klimaabkommen zustande zu bringen. Als Grundlage für diese Verhandlungen könnte der vom WBGU vorgeschlagene Budgetansatz dienen, ein einfaches, transparentes und gerechtes Konzept zur internationalen Lastenteilung für den Klimaschutz. Chinesische, japanische und indische Klimaberater hatten in Kopenhagen verwandte Ansätze vorgelegt. Der Kerngedanke des Konzeptes besteht darin, ein mit der 2 Grad-Leitplanke verträgliches globales Treibhausgasbudget zu bestimmen und dieses auf der Grundlage gleicher Emissionsrechte für alle Menschen auf nationale „kumulative Kohlenstoffkredite“ herunterzubrechen. Hochemissions- und Niedrigemissionsländer würden bei diesem Ansatz Verschmutzungsrechte gegen Klimatechnologien und Finanztransfers handeln um Spielräume über die Nationalbudgets hinaus zu schaffen. Der Ansatz verbindet ökonomische Effizienz mit einer globalen Entwicklungspartnerschaft und nimmt zugleich alle Staaten, auch die Schwellenländer, in die klimapolitische Verantwortung. Der WBGU argumentiert: „Gerade nach den enttäuschenden Ergebnissen von Kopenhagen müssen neuartige und operationalisierbare Ansätze auf die Verhandlungstische.“

Andererseits müssen nun – gerade wegen des drohenden Schwebestandes in der internationalen Klimadiplomatie – Nachhaltigkeitsinitiativen von unten verstärkt werden, um den Übergang in eine klimaverträgliche Weltwirtschaft zu beschleunigen. Deutschland und Europa sollten in öffentlich-privaten Allianzen ihre Forschungsanstrengungen und Investitionen hinsichtlich erneuerbarer Energien und klimaverträglicher Mobilitätskonzepte massiv erhöhen. Europäische Städte könnten beispielsweise in internationalen Partnerschaften klimaverträgliche Stadtentwicklungen vorantreiben, insbesondere mit Vorreitern wie Sao Paolo oder Seattle, die bereits anspruchsvolle Klimaziele formuliert haben. Die europäische Entwicklungspolitik sollte klimaverträgliches Wirtschaften zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Technologie-, innovations- und energieorientierte Klimapartnerschaften mit China, Indien und anderen Schwellenländern könnten forciert werden. Aus Sicht des WBGU sollten auch die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft ihren Druck für eine ehrgeizige und verbindliche globale Klimapolitik aufrechterhalten und damit vor allem die verantwortungsbewussten Regierungen unterstützen. Der WBGU sieht Chancen, auf diesem Weg ein grenzüberschreitendes regionales und globales Netzwerk „klimapolitischer Vernunft“ zu schaffen, in dem öffentliche und private Akteure die Weichenstellungen vorantreiben, zu denen sich die Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen nicht durchringen konnten.

Quelle: Wiss. Beirat der Bundesregierung (WBGU) 21.12.09

### **Vorratsdatenspeicherung**

Das Bundesverfassungsgericht hat die anlasslose Protokollierung von Internetverbindungen und ihre Speicherung für mindestens 6 Monate gemäß den EU-Vorgaben in seinem Grundsatzurteil zur Vorratsdatenspeicherung (Az: 1 BvR 256/08)

grundsätzlich für vereinbar mit dem Grundgesetz erklärt.

Die Anonymität im Internet dürfe nur aufgehoben werden, wenn zumindest eine Rechtsgutbeeinträchtigung vorliegt, der "ein hervorgehobenes Gewicht beigemessen wird". Das könnten auch "im Einzelfall besonders gewichtige Ordnungswidrigkeiten" sein, die der Gesetzgeber ausdrücklich benennen müsse.

Auch tief in die Grundrechte eingreifende Maßnahmen hält er für die Strafverfolgung und Gefahrenabwehr in einzelnen, konkreten Fällen für anwendbar, solange sie gut begründet und eng begrenzt sind.

Die verdachtsunabhängige Erfassung von Verbindungs- und Standortdaten sind besonders schwere Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte. Deshalb müssen klare Normen für den Datenschutz aufgestellt werden. Es dürfe vor allem kein "offener Datenpool" angelegt werden, auf den Strafverfolger und Geheimdienste relativ frei zugreifen könnten. Der Gesetzgeber sei somit seinen Pflichten nicht nachgekommen, "klare Anforderungen festzulegen".

Insgesamt darf "die Freiheitswahrnehmung der Bürger nicht total erfasst und registriert werden". Ein "diffus bedrohliches Gefühl des Beobachtetseins", das eine unbefangene Wahrnehmung der Grundrechte in vielen Bereichen beeinträchtigen könne, müsse vermieden werden.

Den Richtern Wilhelm Schluckebier und Michael Eichberger, die auf Anraten der CDU 2006 ins Verfassungsgericht nachrückten, ging die Mehrheitsmeinung des Senats zu weit. Sie hielten in abweichenden Voten fest, dass die angegriffenen Regelungen im Grundsatz nicht unangemessen seien.

Quelle: heise.de 2.3.10

### **Schufa weicht dem Datenschutz aus**

Eine der größten Datensammlungen hat die Wiesbadener Schufa mit 430 Millionen Einzeldaten von 65 Millionen Menschen angehäuft. Sie verlangt bislang 7,80 Euro für eine schriftliche Auskunft – was ihr ab April nicht mehr erlaubt ist.

Während der Gesetzgeber die Rechte der Verbraucher stärkt, reduziert die Schufa die Auskunftsmöglichkeiten: Das Unternehmen schließt innerstädtische Geschäftsstellen in ganz Deutschland. Auf der Frankfurter Zeil, in Bremen, Saarbrücken und Hamburg sollen die Servicebüros laut Schufa Ende Juni dichtmachen. Dort erhalten Verbraucher bisher kostenfrei mündlich Auskunft darüber, welche Daten die Schufa über sie gesammelt hat. Als Alternative verweist die Schufa Verbraucher auf ihre Internetseite. Weil die Verbraucher immer stärker das Internetportal für ihre Anfragen nutzten, müsse die Schufa die Geschäftsstellen «vorausschauend» schließen, «um uns wettbewerbsfähig aufzustellen», sagt Schufa-Sprecherin Katrin Haase. Die erforderliche Registrierung für die Einsichtnahme der Daten im Internet kostet 15 Euro.

Quelle: fnp.de 23.1.10

### **Atlantik ist voller Plastikmüll**

US-Forscher sind auch im Nordatlantik auf riesige Flächen von Plastikmüll gestoßen. Die größte Dichte entdeckten sie oberhalb der karibischen Inseln. Dort schwammen bis zu 200.000 Plastikstücke je Quadratkilometer auf der Meeresoberfläche. Die meisten hatten einen Durchmesser von nicht einmal einem Zentimeter. Der Fund wurde am

Mittwochabend von der Organisation Sea Education Association (SEA) bei einem Treffen von Meeresforschern in Portland (US-Bundesstaat Oregon) vorgestellt.

Die schwimmende Müllhalde im Atlantik sei mit dem schon länger untersuchten Phänomen im Pazifik (Great Pacific Garbage Patch) vergleichbar, sagte SEA-Sprecherin Lavender Law vor Journalisten in Portland. «Wir wissen, dass viele Meeresorganismen diese Plastikabfälle schlucken und dass es ihre Gesundheit belastet, vor allem die von Seevögeln.»

Vor 40 Jahren wurden in Europa 5 Mio t Plastik pro Jahr produziert. Derzeit seien es etwa 60 Mio t, etwa ein Viertel der Weltproduktion. Dadurch dass Plastik nicht verrottet, sondern sich nur sehr langsam zersetzt, dringen rund 200 Jahre lang die Abbauprodukte von Plastikbehältern in die ökologischen Kreisläufe ein. Besonders bedenklich sei dies aufgrund von gefährlichen Stoffen wie dem hormonell wirksamen Bisphenol A, das sich mittlerweile im Blut von sehr vielen Menschen finde.

Quelle: dpa 25.2.10

### **Walfang**

Zu den größten Walfangnationen zählen Island, Japan und Norwegen. Dort werden in jeder Fangsaison jeweils bis zu 1000 Großwale getötet, obwohl die internationale Walfangkommission (IWC) schon 1986 ein weltweites kommerzielles Fangverbot erlassen hat. Jedoch reguliert die Kommission mit Sitz im englischen Cambridge nur den Großwalfang. Dazu zählen nicht die über 30 Delfinarten, die unter den unregulierten Kleinwalfang fallen.

Deshalb listet das Dolphin and Whale Action Network (IKAN) in Japan rund 20 000 gefangene Delfine für die Saison 2008/2009. Davon lassen fast 3000 Tiere ihr Leben in der Präfektur Wakayama, dort befindet sich auch der Küstenort Taiji aus dem oscarprämierten Film «Die Bucht». Das Moratorium zum kommerziellen Fangverbot umgeht Japan durch Sondergenehmigung für wissenschaftliche Zwecke. In der Saison 2008/2009 wurden nach IWC Angaben auf diesem Weg 1004 Großwale gefangen. Seit 1993 hat Norwegen den kommerziellen Walfang wieder aufgenommen und im gleichen Zeitraum 536 Tiere getötet. Auf Island wird seit 2006 ebenfalls gejagt, zuletzt gingen 38 Meeressäuger auf das Konto des Landes. Wale für den eigenen Bedarf jagen noch die Ureinwohner in Russland, Grönland, den USA und im karibischen Inselstaat «St. Vincent und die Grenadinen». Die Fänge der Länder mit dem sogenannten indigenen Walfang summierten sich 2008 auf insgesamt 352 Tiere.

Quelle: dpa 8.3.10

### **BVG zu Hartz IV**

Die pauschale Kürzung der Regelsätze für Kinder ist ebenso wie bei Hartz IV-Empfängern mit den vom Bundesverfassungsgericht formulierten verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht zu vereinbaren.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl fordert nun auch die Erhöhung der Regelsätze des Leistungsgesetzes für Asylsuchende. Sie liegen nach diesem Gesetz für Asylsuchende und Geduldete mehr als 35 % unter den Hartz IV-Sätzen. Die Sätze wurden vor 17 Jahren willkürlich festgelegt und seitdem nie wieder der Inflationsrate angepasst.

Die in der Debatte um Hartz IV vorgeschlagenen Sachleistungen führen Schritt für Schritt

in die Entmündigung der Betroffenen. Sachleistungen schränken die freie Entfaltung der Persönlichkeit ein und verhindern, dass die Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Sachleistungen stellen ein Schikaneinstrument dar und entmündigen Menschen. Dies ist weder für Flüchtlinge noch für Hartz IV-Empfänger zumutbar. Pro Asyl fordert den Gesetzgeber auf, verfassungsgemäße Sozialleistungen für alle Bedürftigen zu schaffen und sich von diskriminierenden Sondergesetzen zu verabschieden.

Quelle: PRO ASYL 10.2.10

### **Sklaverei**

Heute befinden sich rund 27 Mio Menschen im Zusatnd der Sklaverei. Allein In Mauretanien leben zwischen 100.000 und 600.000 Sklaven. 1,1 Mrd Menschen müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag ihr Leben fristen.

Quelle: Publik Forum 22/09, Interview mit E. B. Skinner